

Statement

Präsident Prälat Dr. Peter Neher Pressekonferenz 21. Delegiertenversammlung 2021 Donnerstag, 14. Oktober 2021, Freiburg

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr herzlich begrüße ich Sie alle hier im Freiburger Konzerthaus und alle, die sich digital zugeschaltet haben.

Gerade ist die jährliche Versammlung der mehr als 150 Delegierten des Deutschen Caritasverbandes zu Ende gegangen. Ein Hauptereignis war dabei sicherlich die Wahl meiner Nachfolge, Frau Eva Maria Welskop-Deffaa, die demnächst das Amt der Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes übernehmen wird. Frau Welskop-Deffaa übergebe ich anschließend gerne das Wort.

Davor möchte ich aber einige aktuelle Themen aufgreifen.

Koalitionsverhandlungen

Als Erstes habe ich eine Botschaft für die politischen Parteien, die gerade auf die Bildung einer Regierungskoalition hinarbeiten: Habt die Armen und Verletzlichen im Blick!

Damit meine ich Menschen mit geringem Einkommen; von der Pandemie gebeutelte Kinder und Jugendliche; Langzeitarbeitslose, die es schwer auf dem Arbeitsmarkt haben; Menschen auf der Flucht oder die bei uns Zuflucht gefunden haben; Pflegebedürftige, für welche die Kosten der Pflege steigen, sowie pflegende Angehörige, die bei der jüngsten Pflegereform leer ausgegangen sind.

Ich habe Sorge, dass ihre Interessen bei der Suche nach dem politischen Kompromiss nicht genug berücksichtigt werden. Die Parteien haben eine schnelle Regierungsbildung versprochen. Das ist geboten, denn viele Baustellen können nicht warten. Aber die Belange der Armen und Verwundbarsten in der Gesellschaft dürfen keinesfalls der Konsensfindung geopfert werden.

Deutschland wird die riesigen Herausforderungen der kommenden Jahre nur meistern, wenn Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt großgeschrieben werden. Wenn ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung zu wenig Einkommen oder zu wenig Chancen hat oder das Gefühl, zu wenig Gehör zu finden, spaltet das die Gesellschaft. Eine gespaltene Gesellschaft aber wird die zwingend notwendige, sozial gerechte ökologische Transformation nicht schaffen; sie wird keine nachhaltige Digitalisierung hinbekommen und wird ihrer internationalen Verantwortung nicht gerecht werden können.

Gerade in der Klimapolitik ist es absolut unerlässlich, die soziale Dimension im Blick zu haben. Klimaschutz haben sich mittlerweile alle ernst zu nehmenden Parteien auf die Fahne geschrieben. Klimaschutz geht aber nur, wenn er sozial gerecht gestaltet ist. Die Armen tragen am wenigsten zum Klimawandel bei, leiden aber am meisten unter seinen Folgen. Dafür gibt es viele Beispiele im internationalen Vergleich und auch bei uns, wenn ich an manche städtische Viertel denke.

Sozial gerechter Klimaschutz heißt: die Besteuerung von CO₂ muss mit einer Klimaprämie einhergehen; klimaschädliche Subventionen müssen abgebaut werden – viele, etwa das Dienstwagenprivileg, schaden nicht nur dem Klima, sie verfestigen auch die soziale Spaltung. Auch will ich wiederholen, was ich an anderer Stelle schon gesagt habe: Verbote sind ein legitimes Instrument der Ordnungspolitik, und das gilt in der Klimapolitik allemal. Es kann nicht sein, dass die Verantwortung für das Klima dem Einzelnen aufgebürdet wird, weil die Politik auf der Grundlage eines falsch verstandenen Freiheitsbegriffes vor harten Eingriffen zurückschreckt.

Das Thema Klima und soziale Gerechtigkeit hat uns deshalb auch bei unserer Versammlung beschäftigt. So haben die Delegierten das Ziel bekräftigt, die Caritas bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu machen. Das ist neben dem politischen Einsatz für sozial gerechten Klimaschutz, der zweite Pfeiler unseres Klima-Engagements. Wir sind auf gutem Weg, auch wenn wir noch dicke Bretter bohren müssen.

Fluthilfe

Das Thema Klima ist eine gute Überleitung zu meinem zweiten Punkt, einem kurzen Zwischenstand zur Fluthilfe in Deutschland. Unser Hilfswerk Caritas international hat unmittelbar nach der Katastrophe angefangen, um Spenden zu werben und die Hilfe in den betroffenen Gebieten zu koordinieren.

Für die Fluthilfe sind allein bei uns 45 Mio. Euro an Spenden eingegangen. Das ist der Ausdruck einer eindrucksvollen Solidarität, wie wir sie auch vor Ort in Form von vielen helfenden Händen erlebt haben.

Ein Teil dieser Mittel wird als Sofort- und Wiederaufbauhilfen ausgezahlt. Davon waren bereits, Stand Ende September, über 4,6 Mio. Euro geflossen.

Vielen Menschen geht die Auszahlung der Hilfen nicht schnell genug. Das ist verständlich, denn die Not ist groß und genauso der Wunsch, mit dem Aufbau schnell voranzukommen. In Deutschland gilt aber – und das ist richtig so – das Prinzip der Nachrangigkeit: Erst greifen Hilfen des Staates und der Versicherungen, dann erst die Hilfen der Wohlfahrtsverbände aus Spendenmitteln. Das leuchtet ein und stellt sicher, dass die Hilfen nach Bedürftigkeit erfolgen. Das heißt aber auch, dass Prüfungen notwendig sind und es Zeit braucht, eben bis geklärt ist, welche Hilfen wo greifen.

Dabei können nicht alle Mittel sofort zum Einsatz kommen. Basierend auf den Erfahrungen der Fluthilfen von 2002 und 2013 gehen wir davon aus, dass die Projekte rund um die Flut erst in drei bis vier Jahren abgeschlossen sein werden. Neben der Unterstützung beim Wiederaufbau werden sozialräumliche Projekte – Beratungsangebote für traumatisierte Menschen oder für Helferinnen und Helfer, Erholungsangebote für Familien – immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Afghanistan

Auch möchte ich Sie über die Situation in Afghanistan informieren.

Der Deutsche Caritasverband ist mit seinem Hilfswerk Caritas international seit 1987 in Afghanistan tätig, mit zuletzt 12 Projekten – etwa für behinderte Menschen, für Mütter, in der Gesundheits- und Suchthilfe, in der Ernährungssicherung. Damit sichern wir das Überleben von Zehntausenden von Menschen über den Winter. Zwei unserer Projekte liefen trotz der Machtübernahme der Taliban fast ununterbrochen weiter, die 10 anderen mussten

vorübergehend gestoppt werden. Die größte Schwierigkeit besteht aktuell in der Versorgung unserer Partner mit Geldmitteln. Aber langsam läuft die Hilfe wieder an.

Unsere beiden europäischen Fachkräfte mussten ausgeflogen werden. Die afghanischen Kolleginnen und Kollegen, die für uns vor Ort arbeiten, sind noch in der Region. Zusammen mit ihren Angehörigen sind das etwa 180 Menschen. Die meisten von ihnen möchten das Land verlassen und wir versuchen, ihnen angesichts zahlreicher bürokratischer Hürden dabei zu helfen.

Gleichzeitig aber möchten wir uns weiter in Afghanistan engagieren. Die Not ist groß. 18 Mio. Menschen in Afghanistan benötigen Humanitäre Hilfe, 3 Mio. Kinder sind mangelernährt. Wir müssen aber sicherstellen, dass alle, die unsere Hilfe zum Überleben brauchen, gleichermaßen Zugang dazu haben. Wir wollen uneingeschränkt sowohl mit als auch für Frauen arbeiten können. Noch sind die Kontakte, die wir mit den Taliban haben – entweder direkt oder über das Netzwerk der Hilfsorganisationen – in dieser Hinsicht nicht ergiebig genug und die Signale nicht eindeutig.

Migration

Das Thema Afghanistan bringt mich schließlich zum Thema Migration und Flüchtlingspolitik, mit dem sich die Delegierten der Caritas intensiv beschäftigt und zu dem sie eine entsprechende Positionierung verabschiedet haben.

An den Außengrenzen der EU herrschen nach wie vor unhaltbare Zustände. Wir fordern, dass ein funktionierendes europäisches Asylsystem geschaffen wird. Aber wir sagen auch: Eine gemeinsame Lösung darf nicht zur Vorbedingung gemacht werden. So müssen eben jene Staaten zusammenarbeiten, die hier einen gemeinsamen Willen haben. Wie in der Weihnachtszeit des vergangenen Jahres im Hinblick auf Kinder, die von der Situation der Lager auf den griechischen Inseln besonders betroffen waren.

So fordern wir, dass der großen Aufnahmebereitschaft in vielen Kommunen, Bundesländern und auch zahlreichen Pfarrgemeinden in Deutschland Rechnung getragen wird und weitere Aufnahmeprogramme initiiert werden. Wir fordern unkomplizierte Lösungen für die Zusammenführung von Familien – Corona hat die Zusammenführung von Ehepartnern, Eltern und Kindern, Geschwistern zusätzlich erschwert. Wir brauchen aber auch mehr legale

Zugangswege. Europa hat perspektivisch Fachkräfte nötig und so muss es mehr Möglichkeiten für reguläre und auch zeitlich befristete Migration geben.

Diese Fragen müssen eine hohe Priorität für die neue Bundesregierung haben – auch wenn sie im Wahlkampf nicht vorkamen.

Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch ein persönliches Wort: Nach 18 Jahren beende ich demnächst meinen Dienst als Präsident des Deutschen Caritasverbandes. Ich habe dieses Amt sehr gerne ausgeübt. Waren es doch alles in allem gute, aufregende Jahre. Manches war aber auch bitter. Etwa, dass sich beim Thema Überwindung von Kinderarmut zu wenig getan hat oder dass die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in unserem Land noch lange nicht gewährleistet ist. Die Tatsache, dass die Situation in Afghanistan, Syrien und vielen anderen Ländern wenig Hoffnung macht, hinterlässt einen bitteren Geschmack.

Die Caritas-Arbeit wird nicht zuletzt deshalb national und international mehr denn je gebraucht. Das ist, 125 Jahre nach der Gründung des Deutschen Caritasverbandes – dieses Jubiläum feiern wir nächstes Jahr – eine zum Teil ernüchternde Feststellung. Andererseits aber ist es auch ein Versprechen: Die Caritas ist da, getreu ihrem Motto „Not sehen und handeln“.